

## Aus den Kirchen der Türkei

### Ländereien um Kloster Mor Gabriel zurückerstattet

Die Türkei hat dem syrisch-orthodoxen Kloster Mor Gabriel Anfang Oktober offiziell Ländereien zurückerstattet, die es in einem mehrjährigen Rechtsstreit an das Schatzamt hatte abtreten müssen. Wie Vizeministerpräsident Bülent Arınç nach Abschluss der Abstimmung im türkischen Stiftungsrat mitteilte, votierte das Gremium einstimmig für die Rückgabe des rund fünf Hektar großen Geländes um das Kloster in der Provinz Mardin in Südostanatolien. Der Stiftungsrat verabschiedete damit die Vorlage der Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan. Dieser hatte die Rückgabe des Landes im Rahmen eines Reformpaketes zur Demokratisierung des Landes Ende September angekündigt. Er hatte dabei die Rückgabe der Klosterländereien als „Beseitigung eines Unrechts“ bezeichnet. Mit dem Votum gehen die Ländereien ab sofort wieder in den Besitz des Klosters über. „Damit ist die Angelegenheit Mor Gabriel abgeschlossen“, erklärte Arınç.

Er sei „stolz und glücklich“, sagte der Vertreter der christlichen Minderheiten im Stiftungsrat, Laki Vingas, der türkischen Presse. Bischof Timotheus, der das Kloster seit 28 Jahren leitet, hatte der Regierung bereits zuvor seinen Dank ausgesprochen. Das Kloster Mor Gabriel wurde im Jahre 397 gegründet. Es gilt als eines der ältesten Klöster der Christenheit überhaupt und als religiös-kulturelles Zentrum der aramäischen Christen. Die Ländereien waren dem Kloster 2008 entzogen worden, als die Grundstücksgrenzen in ganz Südostanatolien zur Angleichung an EU-Normen in der Grundbuchführung neu vermessen wurden. In einem jahrelangen Rechtsstreit war das Kloster 2012 in letzter Instanz unterlegen. Der Bundesverband der Aramäer in Deutschland, der gewöhnlich der Türkei sehr kritisch gegenübersteht, zeigte sich „verhalten optimistisch“ gegenüber den Reformankündigungen. „Wir bewerten die angekündigten Reformen positiv, auch wenn die Bekanntgabe von weiteren Details zur konkreten Umsetzung der Maßnahmen zunächst abzuwarten ist“, erklärte der Verbandsvorsitzende.

### Weitere Rechte durch Reformpaket

Ministerpräsident Erdoğan hatte am 30. September ein Reformpaket vorgestellt, demzufolge unter anderem das Kopftuchverbot im türkischen Staatsdienst teilweise aufgehoben wird. Ausgenommen von den neuen Regelungen bleiben lediglich Richterinnen, Staatsanwältinnen, Polizistinnen und weibliche Militärangehörige.

Zugleich sollen auch die kulturellen Rechte von Volksgruppen und Minderheiten verbessert werden.

So soll zum ersten Mal seit der Staatsgründung der Türkei in Privatschulen der Unterricht in nicht-türkischer Sprache zugelassen werden. Damit könnten die aramäischen Klosterschulen eine reguläre Zulassung beantragen, was auch in Kürze geschehen soll.

Auch sollen manche Dörfer ihre alten aramäischen oder kurdischen Namen zurückerhalten dürfen. Ab 1930 waren alle nichttürkischen Dorfnamen durch neue türkische Namen ersetzt worden. Darüber hinaus wird mit dem Reformpaket auch der auf Worte des Staatsgründers zurückgehende „Schüler-Eid“ auf das Türkentum („Ich bin türkisch, rechtschaffen und hart arbeitend“), den alle Schüler türkischer Grundschulen, auch die der Minderheiten, beim morgendlichen Schulappell aufsagen mussten, abgeschafft.

Auch anderen Gruppen wie den Roma, werden neue Rechte zuerkannt. So versprach der Ministerpräsident ein Institut für Kultur und Sprache der Roma. Dies ermutigt auch kleine andere Gruppen. So wurde kürzlich berichtet, dass eine Schule, die der tscherkessischen Volksgruppe ihre Muttersprache erhalten helfen soll, eröffnet wurde. Kurdische Gruppen beklagen allerdings gerade für den Osten der Türkei die Beschränkung dieser Erlaubnisse auf Privatschulen.

### Ringens um Priesterseminar Heybeli/Chalki geht weiter

Große Enttäuschung herrscht allerdings in der griechisch-orthodoxen Volksgruppe von Istanbul. Präsident Erdoğan persönlich erklärte, dass die Wiedereröffnung des seit mehr als 40 Jahren geschlossenen orthodoxen Priesterseminars von



*Zu Besuch bei Metropolit Elpidophoros in Heybeli*

Reformen zugunsten der muslimischen Minderheit in Griechenland abhängig sei. Konkret verlangt die Türkei den Bau einer Moschee in der Hauptstadt Athen – der einzigen EU-Hauptstadt ohne Moschee – sowie eine rechtliche Besserstellung der türkisch-muslimischen Minderheit in Nordgriechenland. Die Wiedereröffnung des Seminars war vom Ökumenischen Patriarchat im Rahmen des Reformpakets erwartet worden. Der Schritt blieb dann jedoch aus. Die griechische Seite gesteht zwar Probleme wie den Moscheebau zu, verweist aber auch darauf, dass sich die Zahl der Muslime in Thrakien seit dem Vertrag von Lausanne vermehrt hat, während die Orthodoxenzahl in Istanbul sich radikal verkleinert hat. Viele Kommentatoren türkischer Tageszeitungen haben allerdings auch kritisch angemerkt, dass Menschenrechte nicht reziprok behandelt werden dürfen. Gleiches Denken findet sich bedauerlicherweise auch bei uns in Mitteleuropa („Keine Moscheen erlauben, da man ja in Saudiarabien auch keine Kirchen bauen darf“).

### **Minderheitenschulen im Reformprozess**

Die Zahl der Schüler an christlichen und jüdischen Minderheitenschulen in der Türkei ist seit Gründung der Republik vor 90 Jahren von rund 30.000 auf unter 4.000 zurückgegangen. Das geht aus einer kürzlich erschienen dreibändigen Studie der türkischen Geschichtsstiftung (Tarih Vakfi) hervor, die in Konferenzen in Istanbul und Ankara vorgestellt wurde und dabei neben der türkischen Koautorin Nurçin Kaya auch Vertreter dieser Schulen zu Wort kommen ließ. In Ankara geschah dies in der Delegation der Europäischen Union und konnte auch von Vertretern von St. Georg besucht werden. Beeindruckend dabei ist die Tatsache,

dass Gruppen der türkischen Zivilgesellschaft diese Fragen der Öffentlichkeit vortragen und damit für eine Verbesserung der Verhältnisse eintreten.

Demnach gab es zu osmanischen Zeiten im Jahr 1894 in Anatolien und Istanbul 6.437 Schulen, 302 davon in Istanbul, für die Minderheiten der Juden, Armenier, Griechen, Bulgaren, Chaldäer, Maroniten und Aramäer. Heute gibt es nur noch 23 Schulen für drei Minderheiten: 16 armenische, 6 griechisch-orthodoxe und eine jüdische Schule. Mit Ausnahme der neu eröffneten griechischen Schule auf Imbros befinden sich all diese Schulen in Istanbul. In ganz Anatolien gibt es keine einzige Schule mehr für religiöse Minderheiten.

Die heute bestehenden Schulen werden von 3.137 Kindern der armenischen Minderheit besucht, (darunter 67 armenische Staatsbürger als Gast Schüler ohne Zeugnis, was seit jüngster Zeit möglich, aber noch unbefriedigend ist) und 688 jüdische Kinder besuchen eine Schule mit Sonderstatus. Die verschwindend kleine griechisch-orthodoxe Gemeinde von Istanbul hat nur noch 230 Schülerinnen und Schüler in griechischen Schulen. Von Beginn an hatte die Türkei diese Schulen mit wenig Freude betrachtet, auch wenn sie im Vertrag von Lausanne verankert waren. Frau Kaya zitierte in ihrem Vortrag einen der ersten türkischen Unterrichtsminister, Hamdullah Suphi Tanrıöver (1885-1966), mit dem von ihm überlieferten Ausspruch: „Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um diese Schulen zu stoppen.“

Vieles hängt mit politischen Entwicklungen vergangener Jahrzehnte zusammen. Während nach dem schmerzlichen Bevölkerungsaustausch vor Beginn der Republik in den 30er Jahren zwischen der Türkei und Griechenland ein Abkommen über den Aufenthalt der jeweils anderen Staatsbürger bestand, wurde dies von der Türkei im Rahmen des Zypern-Konfliktes in den 60er Jahren aufgehoben. Dem folgte die Ausweisung vieler griechischer Staatsbürger aus Istanbul, was auch zur radikalen Verminderung der griechischen Schülerzahlen in kürzester Zeit führte.

Gerade da es in den letzten Jahren Verbesserungen im Minderheitenschulwesen gibt, was von allen

Vertretern anerkannt wurde, werden die verbleibenden Mängel, die aus vergangenen Jahrzehnten stammen, schmerzlich bewusst. Die Frage zugewiesener Lehrer für die türkischen Kulturfächer (mit Ausnahme der jüdischen Schule, die vor Jahren einen Sonderstatus erreichen konnte) einschließlich eines türkischen nichtchristlichen Subdirektors neben dem christlichen Direktor, der ja auch türkischer Staatsbürger ist, die Problematik nicht verfügbarer Schulbücher, die auf Grund derzeit ur-alter verwendeter Skripten die Muttersprache „alt“ aussehen lässt, fehlende Lehrerbildung und vieles mehr werden nun aber angesprochen und sind damit doch ein Hoffnungszeichen für den wichtigen Bildungsbereich der Minderheiten.

### Katholische Kathedrale von Izmir wieder eingeweiht



Am 29. September wurde die katholische Johanneskathedrale von Izmir feierlich wiedereröffnet und eingeweiht. Irritierend waren in diesem Zusammenhang allerdings ausländische Agenturberichte Anfang Oktober, die wörtlich erklärten: „Das Gotteshaus war rund 50 Jahre vom Militär zweckentfremdet“. Ein nicht mit den türkischen kirchlichen Verhältnissen vertrauter Leser denkt dabei natürlich an türkische Zweckentfremdung, während tatsächlich vor 50 Jahren der damalige katholische Erzbischof von Izmir wegen der großen Zahl von Kirchen und der kleinen Zahl von Katholiken diese Kirche der amerikanischen Armee als Garnisonskirche gegen eine jährliche dringend benötigte Miete abtrat. Damals war allerdings eine zeitweise Benutzung durch den Bischof zu Festtagen noch möglich gewesen, die strengen amerikanischen Sicherheitsvorgaben hatten den Zugang jedoch in den letzten Jahren ohne Ausnahme verboten. Der Begriff „zweckentfremdet“ könnte daher höchstens für den Begriff einer Kathedrale verwendet



*Kirchweihe in Izmir am 29. September 2013*

werden, allerdings war diese „Zweckentfremdung“ von der katholischen Kirche zur Erlangung finanzieller Mittel selbst vorgenommen worden.

Der Erzbischof von Izmir, Ruggero Franceschini, kündigte nun sehr überraschend diesen Vertrag mit der amerikanischen Armee, die seither aus Sicherheitsgründen ihre Gottesdienste in einem angemieteten Teil des Hilton Hotels, wieder abgesondert von anderen Teilnehmern, durchführt.

Die Kündigung durch den Erzbischof war verbunden mit einer Restaurierung der Kathedrale, die fast zur Gänze von der Italienischen Bischofskonferenz (CEI) und italienischen Geldgebern kam. Den Weihegottesdienst nach der Renovierung leitete auch der Generalsekretär der Italienischen Bischofskonferenz, Bischof Mariano Crociata. Neuer Dompfarrer ist nun Massimiliano Palinuro, ein „Fidei donum“-Priester aus einer italienischen Diözese.

Die Kathedrale war in der Zeit von 1862 bis 1874 im neoklassizistischen Stil erbaut worden, nachdem durch das „Hatt-i-Humayun“ von 1856 eine neue Epoche des Osmanischen Reiches begann. Sultan Abdulaziz I. hatte mit einer großen Zuwendung zur Erbauung der Kathedrale beigetragen.

Die lateinische Kirche der Türkei wird gegenwärtig in den Reformschritten der Regierung nicht berücksichtigt und hat auch tatsächlich viele rechtliche ungelöste Probleme. Schlecht recherchierte Nachrichten wie der oben genannte „Zweckentfremdungsbericht“, der hoffentlich ohne böse Absicht verfasst wurde, sind dazu allerdings nicht hilfreich.

*Franz Kangler CM  
(Eigenmaterial und ergänzte Berichte der Kathpress)*